

Wossifische Zeitung



Bibliothek der Subscribenten- und Sammelstellen in Berlin.

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhof (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhof 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

10 Pf. [Anzahl] - Nr 261

Berlin
MITTWOCH, 1. JUNI 1932

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Mandatteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Anzeigen in dem bestimmten Nennamer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68; KochstraÙe 22-26

MORGEN-AUSGABE

Franz von Papen wird Kanzler

Außenparlamentarische Regierung der „nationalen Konzentration“ Auflösung des Reichstags wahrscheinlich

Konzentration?

Mit jener Gedult, mit der er sich allen Repräsentationspflichten unterzieht, hat Reichspräsident von Hindenburg Montagabend und gestern den ganzen Tag über jene Empfänger von Parteiführern und Fraktionsvorsitzenden über sich ergehen lassen, die in parlamentarisch regierten Ländern bei einem Regierungswechsel häufig sind. Raum sollte den Begriffe Prälat Dr. Kästig als Leiter des Hauses des Reichspräsidenten verfallen, als Franz von Papen in das Arbeitszimmer des Reichspräsidenten geführt wurde, um den Auftrag zur Bildung der neuen Regierung entgegenzunehmen. Die Empfänger der Parteiführer sind hier als eine reine Formalität bezeichnet worden, und es ist jetzt offenbar, daß sie nicht den geringsten Einfluß auf den Beschluß des Reichspräsidenten geübt haben, der im stillen seine Wahl längst getroffen hatte. Keiner der gefragten Parteiführer hat ihm Herrn von Papen empfohlen, am allerwenigsten aber der Führer des katholischen Zentrums, dem der künftige Reichstagsleiter bisher als Parteimitglied angehört. In der „Bollschilling Zeitung“ war gestern auch zu lesen: „Papen als Chef einer Regierung würde dem Zentrum eine tolerierendere Haltung nicht erwidern, sondern sich gegen die Interessen seiner jenseitigen Männer, die während der letzten Wochen dem Reichspräsidenten vorbringend einen Regierungs- und Kurswechsel angetragen haben. Franz von Papen, früherer Offizier und guter Katholik, sollte das Zentrum, dem er bisher angehört, für die Rechte gewinnen und so dem Cabinet der „nationalen Konzentration“ des Reichspräsidenten ein Reichstagsauflösung eine heuristische Wirkung sichern. Aber was das erreichen würde, dürfte am allerwenigsten Herrn von Papen als Chef dieser Regierung in Betracht bringen.“

Der Reichspräsident hat gestern abend, nachdem er die Führer sämtlicher Parteien und die Vorsitzenden aller Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten gehört hatte, den früheren Landtagsabgeordneten von Papen, der bisher der Zentrumspartei angehört, den Auftrag zur Bildung einer Regierung der „nationalen Konzentration“ erteilt. Papen hat den Auftrag angenommen und die Verhandlungen über die Regierungsbildung unmittelbar danach begonnen.

Ueber die voraussetzliche Zusammenfassung des neuen Kabinetts liegen folgende, aus verschiedenen Quellen stammende Mitteilungen vor:

- Reichskanzler: von Papen.
- Innere: Staatsrat Freiherr von Gansl oder Freiherr von Braun, früherer Regierungspräsident in Gumbinnen.
- Auswärtige: der Reichshofier in London, Freiherr von Neurath oder der Reichshofier in Angora Radolny.
- Finanzen: Generaldirektor Dr. Schmidt (S. G. Farben) oder, wenn er ablehnen sollte, Ministerialdirektor im Finanzministerium v. Krosigk.
- Wirtschaft: Professor Dr. Bornbach.
- Reichswehr: General von Schleffer.
- Ernährung: der Präsident des Reichslandbundes Graf Kalkreuth oder Freiherr von Müllin, Präsident der rheinischen Bauernvereine.
- Arbeit: Oberbürgermeister Dr. Goerdeler.
- Zustiz: der bisherige Reichsminister Dr. Joel.

Die Befehle der Reichsministerien für Post und Verkehr wird nach als offen bezeichnet. Alle Mitglieder des Kabinetts Papen föhnen Reichs-Parlamentarier sein, aber politisch der Rechten angehören. Es wird

angekündigt, daß der präsumierte Reichskanzler schon morgen abend die Liste des neuen Kabinetts dem Reichspräsidenten vorlegen und die Ernennungsurkunden unterzeichnen lassen werde. Ende dieser oder Anfang der nächsten Woche soll die Verteilung der neuen Regierung und die Abgabe der Regierungserklärung im Reichstags erfolgen. Es ist, auch wenn die Statuenmäßigkeiten dieser Übergangsbildung tolerieren sollten, zumindest unwohlgefällig, daß die Regierung Papen eine Mehrheit auch nur für die Ablehnung eines Mißtrauensantrages aufbringen wird. Man rechnet deshalb mit einer Niederlage des Kabinetts und der Auflösung des Reichstags. Die Ernennung dürfte dann im August stattfinden, der neue Reichstag ist im September vorzulernen. Die ersten Wahlen müßten nach der Befristung eingeschoben werden.

Das Kabinetts Papen bringt einen Personenwechsel auf der ganzen Linie. Kurt Dr. Joel folle, wie bisher, die Reichsjustiz verwalteten.

Der Personenwechsel ist der Ausdruck eines völligen Kurswechsels mit dem Ziel, alles anders zu machen als bisher.

Die Möglichkeit der Entlohnung hat draußen im Land überhört. Daß sie nicht verurteilt wurde, ist Bräunung zu verbanken.

Diese Klarheit muß weiter bestehen. Die Linke wird ausgeschlossen und übernimmt die Aufgabe einer nationalen Opposition, ohne Umgehung, aber auch ohne falsche Anspieligkeit.

Die Verantwortung für den neuen Kurs tragen keine Ausländer; Nationalsozialisten und Deutschnationalen, mögen sie sich auch zunächst vorläufig im Hintergrund halten. Man wird sie am Rand sehen und darnach urteilen.

Scharfe Ablehnung des Zentrums

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung
KÖLN, 31. MAI

Die Berliner Schriftleitung der „Nationalen Volkszeitung“ äußert sich in der Mittwoch-Morgenausgabe dröhnlich zu dem Auftrag an Papen:

Die Nachricht konnte man nur mit stiller Bekümmern nehmen, und man wäre geneigt, sie zunächst für einen schlichten Scherz zu halten, wenn sie nicht auf Mehrheit beruhte. Das heißt unternehmen werde, lei nichts Halbes und nichts Ganzes, die Welt eine Verlegenheitslösung geringeren Ranges, die selbste Verlegenheitslösung zwangsläufig zu sich bringen müßte. Das Zentrum lehnt die unerwartete Stellung für dieses Unternehmen ab. Es ist selbstverständlich, daß Herr von Papen nicht im Einverständnis oder gar im Auftrag der Zeitung der Zentrumspartei handle.

Weiter heißt es: Nach der Behandlung, die Berlin erfahren hat, und nach den Aufgaben, die der neuen Regierung angewiesen worden, hätte für jeden Zentrumsmann die Antwort auf die Frage, ob er die Stellung der Regierung übernehmen wolle, in einem offener und unangelegentlich sein bestehen müssen. In der Zentrumsmehrheit wird man kein Versehen darüber aufbringen, daß sich ein Parteimitglied bereit findet, das Erbe Bräunings anzunehmen.

Es scheint aber, daß die Hintermänner der Linke in der Zeitung des Herrn v. Papen einen besonders scharfen Eindruck haben, in dem Erwahn, sie könnten die Zentrumspartei damit belügen. Das Zentrum hat der ganzen Entlohnung gegenüber eine abweichende Haltung eingenommen und wird die Politik dieser neuen Regierung mit der dementsprechenden Tendenz des Mißtrauens übernehmen. Es wird zu ganz besonderer Vorsicht genötigt

lein gegenüber der Politik der angebotenen Möglichkeiten, die sich nunmehr zu eröffnen scheinen.“

Man gedenke diese zu sagen, daß von allen Überlegungen diese die größte und leider auch die peinlichste ist. Die neue Versetzung ist ein, wenn an Stelle der bisherigen Politik der staatsmännlichen Überlegenheit eine Politik der Verlegenheit und Unzulänglichkeit gesetzt werden sollte.

Es bleibt beim 16. Juni

Die französische Regierung hat wissen lassen, daß sie keine Verschiebung des Termins für die Kaufmanns-Konferenz erstrebt. Die Konferenz soll programmäßig am 16. Juni beginnen.

Und der Reichstag?

Löbe erhält Vollmacht für Einberufung
Wie bereits angekündigt wurde, hatte sich gestern abend auch der Reichstagspräsident des Reichstags mit der durch das Kabinettswechsel entstandenen Lage zu beschäftigen. Die Kommunisten und dann auch die Nationalsozialisten und Deutschnationalen verweigern, daß an dem 6. Juni als dem Tage des Mißtrauensantrages der Reichstags-Festhalten werde. Die übrigen Fraktionen stellen sich jedoch mit dem Reichstagspräsidenten Edele auf den Standpunkt, man solle wie in früheren Regierungskrisen abwarten, bis eine neue Regierung gebildet sei.

(Siehe auch dritte Seite.)

